

09.04.2014

## Kleine Anfrage 2179

des Abgeordneten Hanns-Jörg Rohwedder PIRATEN

### **Kontakte der Landesregierung zur niederländischen Regierung in Bezug auf den geplanten Verkauf von Urenco-Anteilen und die Zukunft der Urananreicherung in Gronau**

Nordrhein-Westfalen und die Niederlande pflegen seit langem sehr gute nachbarschaftliche Beziehungen. Das gilt auch für die Landesregierung und die Regierung der Niederlande. Mitte Januar besuchte der niederländische Regierungschef Mark Rutte Nordrhein-Westfalen und traf sich dabei unter anderem mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft.

Eines der wichtigsten Wirtschafts- und Sicherheitsthemen, das derzeit für beide Länder relevant ist, ist der geplante Verkauf von Anteilen der Urananreicherungsfirma URENCO, die in Gronau die bundesweit einzige Urananreicherungsanlage betreibt. Der niederländische Staat besitzt ein Drittel der URENCO-Anteile, die in NRW ansässigen Energiekonzerne RWE und E.ON ein weiteres Drittel. Das dritte Drittel gehört dem britischen Staat. Die NRW-Landesregierung ist zudem Genehmigungs- und Aufsichtsbehörde für die Urananreicherungsanlage Gronau.

Da alle bisherigen Anteilseigner nach eigenem Bekunden ihre URENCO-Anteile verkaufen wollen, steht eine grundlegende Änderung der Besitzverhältnisse bei URENCO an. Das berührt auch die Interessen von Nordrhein-Westfalen direkt, weil die Atomanlage in Gronau zum einen knapp zehn Prozent des zivilen Weltmarktes für angereichertes Uran abdecken kann und zum anderen aufgrund der militärischen Brisanz der Urananreicherung eine Nichtweiterverbreitung der Anreicherungs-Zentrifugentechnologie von immenser Bedeutung ist. Zudem produziert die Atomanlage in Gronau jedes Jahr Tausende Tonnen von abgereichertem Uranmüll, der eines Tages sicher endgelagert werden müssen.

Während die nordrhein-westfälische Landesregierung keine öffentliche Diskussion zum geplanten Verkauf der URENCO-Anteile führt, ist dies in den Niederlanden ganz anders. Dort informiert die Regierung das Parlament regelmäßig über den aktuellen Sachstand (z. B. in Schreiben des niederländischen Finanzministers Dijsselbloem an das Parlament vom 23. Mai 2013 und vom 31. Januar 2014). Am 5. Dezember 2013 fand zudem eine öffentliche Parlamentsanhörung zum geplanten Verkauf der URENCO-Anteile in Den Haag statt. Dabei standen u. a. die militärische Dimension der Urananreicherung und die Gefahr einer unkontrollierbaren Weiterverbreitung der Technologie im Vordergrund. Vertreter der nordrhein-westfälischen Landesregierung waren in Den Haag nicht anwesend.

Datum des Originals: 09.04.2014/Ausgegeben: 09.04.2014

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Warum haben keine Vertreter der Landesregierung an der Parlamentsanhörung in Den Haag zum geplanten Verkauf der URENCO-Anteile teilgenommen?
2. In welcher Weise war der geplante Verkauf der URENCO-Anteile Gesprächsthema zwischen der Landesregierung und der niederländischen Regierung beim Besuch von Mark Rutte Mitte Januar?
3. In welcher Weise pflegt die Landesregierung Kontakt zur niederländischen Regierung in Bezug auf den geplanten Verkauf der URENCO-Anteile und die Zukunft der Urananreicherungsfirma insgesamt?
4. In welcher Weise hat die Landesregierung der niederländischen Regierung bislang eigene Positionen zu den möglichen Auswirkungen des URENCO-Verkaufs übermittelt?
5. Plant die Landesregierung auch im Düsseldorfer Landtag eine öffentliche Parlamentsanhörung zur Zukunft der Urenco durchzuführen?

Hanns-Jörg Rohwedder